

Erscheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Kreuzen: Die fünfgepaltene
Pfeilspitze 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1,- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreisliste
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221, 223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-V.)

Nr. 39

Berlin, den 28. September 1912

23. Jahrg.

Fernsprech-Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech-Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Arbeitsvertrag und Fortschritt.
— Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation. — Die
Entwicklung des Handwerks in Deutschland. — Wie erwirbt
man die Staatsangehörigkeit? — Rundschau: Gegen die
Fleischsteuerung. Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft.
Industrielle gegen ein Verbot des Streikpostens. Eine
Gewerksvereinsbank in England. Ein Kinderamt in den
Vereinigten Staaten eingerichtet. Berliner Tischlerschule.
Freie Hochschule. — Feuilleton: Untersuchungen von Farb-
anstrichen auf Holz. — Patentschau. — Aus den Ortsver-
einen: Ammendorf. Bremen. Breslau. — Lohnbewegung.
— Berichtigung. — Versammlungen des Ortsvereins
Berlin. — Anzeigen.

Arbeitsvertrag und Fortschritt.

Ueber dieses Thema schreibt in der „Königs-
berger Hartung'schen Zeitung“ der Land-
tagsabgeordnete Stadtrat Dr. Karl Flesch zu dem
für den Mannheimer Parteitag der Fortschrittlichen
Volkspartei gestellten Antrag, in das Parteiprogramm
die Forderung der Umwandlung des Arbeitsrechts von
einem Gewaltverhältnis in ein Rechtsverhältnis auf-
zunehmen, nachstehenden interessanten Aussatz:

Auf dem Parteitag in Mannheim wird ein Antrag
zur Verhandlung kommen, der eine Aenderung oder
Erweiterung des allgemeinen Teils des Programms
der Fortschrittlichen Volkspartei bezweckt. Es soll im
Programm ausgesprochen werden, daß die Volkspartei
die Reform des Arbeitsrechts aufnehmen
will, und zwar die Reform in dem Sinne, daß der
Arbeitsvertrag aus einem Gewaltverhältnis — was
er jetzt ist — in ein Rechtsverhältnis verwandelt wird.
Es lohnt, den Inhalt und die Bedeutung dieses Antrags
etwas näher darzustellen.

Von einer „Gewalt“ im Rechtsinn spricht man,
wie der berühmteste deutsche Rechtslehrer Windscheid
lehrt, da, „wo eine geistige Unterwerfung des Willens
der fremden Person vorliegt, die unter Umständen den
Willen des Unterworfenen dem Willen des Berechtigten
gegenüber vollständig negiert“. Ein Gewaltverhältnis
ist also dasjenige Rechtsverhältnis, das durch sich selbst
dem einen Teil eine Uebermacht über den anderen ver-
leiht, ihn zum Herrn des anderen macht. Dies be-
deutet nicht, daß der Gewalthaber mit Roheit vorgeht,
oder daß ihn unbillige Zwecke leiten. Ein Gewalt-
verhältnis war und ist vor allem das des Vaters zum
Kind, bis zu einem gewissen Grade auch das des
Mannes zur Frau. Der Antrag geht nun davon aus,
daß Staats- und Wirtschaftsordnung heutzutage be-
ruhen auf solchen „Gewaltverhältnissen“; nämlich auf
der Familie und auf dem Arbeitsvertrag.
Für beide sind die Vorschriften des positiven Rechts
von geringer Bedeutung im Vergleich zu der tatsächlichen
Gestaltung, die sie durch die Uebermacht des Vaters
über Frau und Kinder, und durch die Uebermacht
desjenigen Vertragsstills im Arbeitsvertrag, der den
Umständen nach der Stärkere ist, erlangen. Nur fehlen
im Arbeitsverhältnis die natürlichen Beziehungen, die
innerhalb des Familienverhältnisses vor Mißbrauch
und vor ungerichteter Vergewaltigung oder Vernach-
lässigung des schwächeren Teils schützen. Und es ist
bisher fast nicht beachtet worden, daß so ziemlich alle
politischen und sozialen Beschwerden der wirtschaftlich
Schwächeren gerade darauf zurückzuführen sind, daß
das positive Recht sich bisher um die tatsächliche Ge-
staltung des Arbeitsvertrags nicht bekümmert
hat; daß es ihn als rechtlich nur ungenügend beord-
netes Gewaltverhältnis hat bestehen lassen, während
gerade dieser Vertrag durch klare Rechtsbestimmungen
und Vorschriften geordnet sein sollte.

Marx und Lassalle haben das Verdienst, die
schlimme Lage, in welche die Schwächeren eben hier-
durch geraten sind, dem Staat und der Gesellschaft
und dem Betroffenen selbst zum Bewußtsein gebracht
zu haben. Ihnen ist es zu verdanken, wenn sich eine
energische Bewegung zum Ausgleich des Gegensatzes
stellend gemacht hat, der zwischen den wirtschaftlichen
Gewaltshabern und den wirtschaftlichen Gewaltunter-
worfenen besteht. Aber sie haben den Gegensatz d. h.
niet als den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmer. Sie haben dadurch die Meinung ver-
anlaßt, als ob alle diejenigen, die nicht Arbeitnehmer
im landläufigen Sinne (gewerbliche Arbeiter, Dienst-
boten usw.) sind, in einem unüberbrückbaren Gegen-
satz zu den „Arbeitern“ ständen; als ob alle, die über
„Produktionsmittel“ verfügen, Segner der Arbeiter,
Ausbeuter, Kapitalisten seien. Sie haben dadurch den
Mittelstand gewissermaßen gewaltsam von den Ar-
beitern getrennt und den Irrglauben hervorgerufen,

als ob Gegenstand und Ziel des wirtschaftlichen wie
des politischen Kampfes die „Beseitigung des Arbeits-
vertrags“, die Schaffung einer neuen, zurzeit unbe-
kannten Volkswirtschaft ohne Arbeits-
vertrag sei, während es sich um Ausfüllung von
Lücken des Arbeitsrechts und um Schäden handelt,
die jedenfalls zum großen Teil überall da auftreten,
wo durch den Zwang der Verhältnisse Stärke und
Schwäche zu gemeinsamer Tätigkeit genötigt sind.

Worin gipfeln die politischen Forderungen,
die wir erheben? Die Rechtsgleichheit soll durchge-
führt, die materielle Lage der Arbeiter soll eine andere
werden. Zurzeit sind die Unbemittelten in ihrem
Handeln nicht frei; der Form nach nicht, weil
Gesetze bestehen, die sie zur öffentlichen Abstimmung
zwingen; der Sache nach nicht, weil sie fürchten müssen,
bei Kundgebungen, die den wirtschaftlich Stärkeren
nicht gefallen, außer Arbeit zu kommen, brotlos zu
werden, ihre Familie Not leiden zu lassen. Die
Stärkeren, „Bemögenden“, haben — nicht das
Recht, aber — die Macht, die weniger Bem-
ögenden, von ihnen abhängigen, durch Verweigerung
des Arbeitsvertrags sich unterwürfig zu machen. Ob
diese Verweigerung des Arbeitsvertrags geschieht durch
Kündigung des ungehorsamen Arbeiters oder durch
Entziehung der Kundtschaft zum Schaden des Gastwirts,
Handwerkers, Kaufmanns, der oppositionell wählt;
oder durch Boykottierung, oder durch Aussperrung,
oder durch Streik, ist materiell einerlei. „Gehorchen“
(in diesem Sinne) muß nicht nur der Fabrikarbeiter
dem Fabrikherrn, sondern auch der Kaufmann auf
dem Lande dem Gutsherrn; der Wirt dem Kleinmeister
dem sozialdemokratischen Wahlkomitee. Und seinen
Willen diktiert kann nicht nur der Arbeit-
geber, sondern unter Umständen auch der Arbeit-
nehmer, wenn er sich nur den notwendigen Nach-
druck für den Befehl verschafft, den z. B. die kollektiven
Ärzte gegen die Krassen, oder die Gesellen gegen die
Handwerksmeister, bei denen sie beschäftigt sind, ebenso
rückwärtslos durchzusetzen suchen, wie die im Streit
stehenden Fabrikarbeiter. Und mit dem von der
Sozialdemokratie als Wurzel alles Übels bezeichneten
Privateigentum an Produktionsmitteln, hat diese Ge-
waltsausübung an sich nichts zu tun. Der Eisenbahn-
direktionspräsident im heutigen Staat oder der Direktor
einer großen Fabrik ist ebensowenig Eigentümer der
Produktionsmittel, wie es im Zukunftsstaat der Dirigent
irgend eines öffentlichen Betriebes. Aber die Macht,
die der letztere über die ihm seitens der Behörden im
Zukunftsstaat zugewiesenen Leute ausüben kann, ist,
auch wenn er durch Wahl und Mehrheitsbeschluß be-
stellt ist, sicherlich keine geringere als die des heutigen
Eisenbahndirektionspräsidenten; es müßte denn sein,
daß die tatsächliche Macht, die er hat, im künftigen
Staat eingeschränkt ist durch Vorschriften, die zurzeit
allerdings fehlen, die aber mit der „heutigen Rechts-
ordnung“, d. h. mit dem Arbeitsvertrag an sich durch-
aus nicht etwa vereinbar wären, sondern schon heute
geschaffen werden könnten; und mit deren Schaffung
vielleicht heute schon begonnen wäre, wenn nicht gerade
die Sozialdemokratie sich den Versuchen zur Fort-
bildung des Arbeitsrechts so wenig zugänglich zeigte.

Und die weitere Beschwerde der Unbemittelten über
ihre materielle Lage hat, wenn wir sie ihrem
Ursprung nach prüfen, ihren Grund wiederum zum
weitaus größten Teil in den Mängeln des heutigen
Arbeitsrechts. Durch den Arbeitsvertrag sollen sie
ihre Bedürfnisse befriedigen; aber der Arbeitsvertrag
kann jeden Augenblick aufhören, und die Bedürfnisse
ausfüllen nicht. Und der Arbeitslohn richtet sich
lediglich nach dem Interesse des Arbeitgebers an der
Leistung, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der
Bedürfnisse des einzelnen und des Familienvaters.
Und es braucht durchaus nicht immer der „Kapitalist“,
der Unternehmer, zu sein, der seine Uebermacht be-
nutzt, um den Arbeitsvertrag zu beenden und da-
durch den anderen Teil brotlos zu machen. Die
Wirte, Gemüsehändler und Schuhmachermeister, die im
„Vorwärts“ den schönen Vers lasen: „Wählt Ihr heute
nicht rot, hebt Ihr morgen weder Salz noch Brot“,
können ein Lied davon singen. Ueberall aber da, wo
der eine Teil mehr wirtschaftliche Kraft, mehr Ver-
mögen hat und deswegen auf den Arbeitsvertrag mit
den anderen nicht angewiesen ist, da ist dieser andere,
Schwächerer, Unvermögender fortwährend in der
Furcht droht und deshalb gezwungen, auch un-
günstige Arbeitsbedingungen sich gefallen zu lassen.
Das Recht kümmert sich bisher nicht im geringsten
darum, ob ein Arbeitsvertrag beendigt wird, weil

sein Zweck erfüllt ist; oder ob mit seiner Beendigung
gedroht wird, um den anderen zu zwingen, sich Ver-
gewaltigungen oder Hungerlöhne gefallen zu lassen.
Hungerlöhne betreffen aber, — und hiermit kommen
wir zu einer anderen Lücke in der heutigen Beord-
nung des Arbeitsverhältnisses — fast ausnahms-
weise nicht den einzelnen, sondern die Familie.
Daß wenigstens hier im sozialdemokratischen Staat
geholfen werden könnte, wird nicht abzusehen
sein. Fraglich ist höchstens wie die Fürsorge für
die Familienangehörigen bewirkt werden könnte.
Also insbesondere z. B. wie die angemessene Woh-
nung beschafft werden könnte, ohne daß die
Freizügigkeit der Arbeiter aufs strengste
eingeschränkt würde; oder wie die Fürsorge gegen
solche Leute geübt würde, die keine Last haben,
die ihnen zugewiesene Arbeit zu verrichten. Und
derartige Fragen können nicht damit beantwortet
werden, daß man darauf hinweist, daß ja auch
heutzutage die Freizügigkeit und die freie Wahl der
Arbeit vielfach nicht vorhanden ist, daß z. B. die
Landarbeiter, die in die Stadt ziehen, sich mit
menschenwürdigen Wohnungen und Lebensverhält-
nissen begnügen müssen. Ueberdies ist es durchaus nicht
richtig, daß der „heutige Staat“ dieser durch die
Festsetzung des Arbeitslohnes bedingten Not der
Familie gegenüber machtlos wäre. Er muß nur
gezwungen werden, von der Macht, die er hat,
Gebrauch zu machen. Der freie Schulunterricht, das
Schulrühstück, die Wohnungsfürsorge, die Fürsorge
für die Wälder und Säuglinge, für die erholungs-
bedürftigen und kranken Familienangehörigen, der
Arbeitsnachweis und in dessen Ergänzung die
Arbeitslosenunterstützung dürfen nicht nebensächliches
Anhängsel der sozialen Versicherung oder gar ein
Stück der Armenpflege und Wohlthätigkeit bleiben;
sondern sie müssen unter entsprechender Einwirkung
der Kommunalgesetzgebung, der Steuergesetzgebung
usw. zu wesentlichen Teilen der öffentlichen Verwaltung
gemacht werden. Sind die Mängel des heutigen
Arbeitsrechts erkannt, so muß der Staat die Mittel
zu ihrer Beseitigung finden und die hierzu erforder-
liche mühevollste Kleinarbeit, die eine gesetzgeberische
Aktion auf den aller verschiedensten Gebieten (Schul-
wesen, Steuerwesen, Wohnungswesen, Sanitätswesen,
Schutz des notwendigen Befehses gegen Pfändung,
Arbeitsnachweis usw.) erfordert, ist wichtiger als das
fortwährende Anrufen einer kommenden Gesellschafts-
ordnung, „von der niemand nichts weiß“.

Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint uns die
Reform des Arbeitsrechts als dringendste
Aufgabe, die dem heutigen Staat und der heutigen
Gesellschaft gestellt ist, und zugleich die Forderung,
die die Fortschrittliche Volkspartei von den übrigen Parteien
unterscheidet. Was die Konservativen konfessieren wollen,
ist das heutige Arbeitsrecht mit den Unvoll-
kommenheiten, die den Arbeitsvertrag in ein Gewalt-
verhältnis verhandelt haben. Was die Sozialdemo-
kratie beiseitigen will, ist das heutige, auf den Arbeits-
vertrag begründete Arbeitsrecht, ohne daß sie freilich
darüber Rechenschaft gibt, wie der Gesellschaftsver-
trag, kraft dessen künftig gearbeitet werden soll,
den einzelnen gegen die Gesamtheit
schützen kann. Diesen Kampf um das Arbeits-
recht sieht das Zentrum als laienhaften Dritter zu.
Desto mehr wird aber die Fortschrittliche Volkspartei
in diesem Kampf klar und bestimmt Stellung einzu-
nehmen haben und dem Willen hierzu im Programm
Ausdruck verleihen müssen.

Die Notwendigkeit der inneren Kolonisation.

Die außerordentliche Leertener der meisten Lebens-
mittel, die nun schon seit verschiedenen Jahren
beobachtet wird und auch in der nächsten Zeit kaum
geringer werden dürfte, sollte wieder einmal die
Aufmerksamkeit auf einen Gegenstand lenken, der
schon seit langer Zeit erörtert wird, der aber immer
noch nicht recht vorwärts kommen will, auf die
innere Kolonisation, auf die Tatsache, daß wir in
Deutschland noch weite Landstrecken haben, auf denen
heute nichts oder so gut wie gar nichts wächst, wo-
gegen diese Landstrecken nach dem heutigen Stand
der Technik und der Wissenschaft zu fruchtbareren
Böden umgewandelt werden könnten. Auf den
Oedländereten Deutschlands, den Weide- und Moor-
strecken, ließen sich noch viele zehntausende Landwirte

aussiedeln. Dadurch würde nicht nur die Produktion landwirtschaftlicher Produkte nicht unwesentlich vermehrt werden, durch diese Ansiedler müßte auch eine Reduzierung des inneren Marktes eintreten.

In gesamten Reich haben wir gegen 32 Millionen Hektar landwirtschaftlich benutzte Flächen (Ackerland, Wiesen, Maggärten und Weinberge), das Oedland aber, das innerhalb des deutschen Reichs noch urbar gemacht werden kann, wird auf rund 3,5 Millionen Hektar eingeschätzt. Von diesen Heide- und Moor-gegenden wären nach dem Urteil von Sachverständigen ungefähr 1,5 Millionen Hektar zur landwirtschaftlichen Bebauung geeignet, wozu ungefähr 2 Millionen Hektar für die Anlegung von Wäldern zu erschließen wären. Angenommen es seien nur rund 1,5 Millionen Hektar der Oedländerien für die landwirtschaftliche Bebauung geeignet, so würde die Kultivierung dieser Gebiete immerhin eine Erweiterung der landwirtschaftlich benutzten Fläche um ungefähr 5 Prozent ausmachen. Würden diese Flächen nach der Kultivierung zur Einrichtung von kleineren und mittleren Bauernstellen eingerichtet, so würde die Vermehrung des Kulturlandes noch bedeutend mehr ins Gewicht fallen, da auf den Bauerngütern im Durchschnitt pro Hektar wesentlich mehr geerntet wird, als auf den großen Gütern mit ihrer extensiven Wirtschaftsweise. Bei einer vollständigen Kultivierung der Oedländerien in Deutschland könnte wohl mindestens eine Million Landbevölkerung ein Unterkommen finden.

Von besonderer Wichtigkeit könnte die Ansiedlung von Bauern auf diesen heute brachliegenden Landstücken für die Viehzucht werden. Es ist ja allgemein bekannt, daß sich der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb viel mehr zur Viehzucht eignet als der Großbetrieb, namentlich die Aufzucht des Viehs geschieht auf den Bauerhöfen viel rationeller als auf den Rittergütern. Eine Vermehrung des Bauernlandes müßte also die Fleischproduktion, gegenwärtig die wichtigste Frage des deutschen Wirtschaftslebens, ganz bedeutend vermehren. Auch bei einer weiteren Erhöhung der Zahl der deutschen Bevölkerung könnte so viel Vieh herangezogen werden, daß die Flächen ihre Schrecken verliert. Prozentual viel höher wäre die Zunahme des Viehs bei der Aufzucht der 2 Millionen Hektar Oedländerien.

Diese Ziffern sind schon für das ganze Reich von hoher Wichtigkeit, für die einzelnen Gegenden, wo die Oedländerien liegen, müßte natürlich die Kultivierung so weiter Flächen von noch größerer Bedeutung werden. Gegenden, in denen jetzt das wirtschaftliche Leben stagniert, würden mit einem Male wirtschaftlich aufblühen. Im Kreis Gießenmünde ist z. B. mehr als der dritte Teil der Fläche Oedland, das anbaufähig zu machen ist und ebenso sind wir auch noch in anderen preussischen Kreisen, in Bayern und in Oldenburg weite Strecken Oedländerien, die entweder der Landwirtschaft oder der Forstwirtschaft erschlossen werden könnten. Hier in großzügiger Weise vorzugehen, diese Oedländerien anzuschließen ist eine Aufgabe, die immer mehr eine Notwendigkeit wird. Diese Reform wird zwar große Summen kosten, sie wird sich aber auch sicher bezahlt machen.

Von größerer Bedeutung ist die Frage, ob der Staat nicht auch in Gebieten, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, eine Bauernkolonisation im großen Sinne betreiben soll. So wie heute die Verhältnisse in den Bezirken, wo der Großgrundbesitz vorherrscht ist, liegen, ist an eine Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu denken. Das platte Land entvölkert sich mehr und mehr, die kräftigsten Leute ziehen fort und zurück bleiben vielfach nur Greise und Leute, die wegen mangelnder Lastrast und Teilhabe an anderen nicht am Arbeitsunterkommen sind. Nügendes finden wir in der Landbevölkerung so viele Schwach-

sinnige und Leute mit geistigen und so perfekten Fehlern wie in den Bezirken des Großgrundbesitzes, weil es hauptsächlich diese Leute sind, auf die sich die Abwanderung nicht erstreckt. Dagegen wächst mit jedem Jahre die Zahl der fremdsprachigen, auf einer sehr tiefen Kulturstufe stehenden landwirtschaftlichen Arbeiter bedeutend an. So gibt es schon jetzt große Güter, auf denen unter den Arbeitern während der Ernte kaum noch ein Wort deutsch gesprochen wird. So wird die Frage des Großgrundbesitzes im Osten Deutschlands zu einer Angelegenheit, die die allerernsteste Aufmerksamkeit verdient. Wie ernst diese Frage ist, kann man ermessen, wenn man sich die Frage vorlegt, was geschehen soll, wenn einmal, was durchaus nicht so unwahrscheinlich ist, der Zuzug von fremden Arbeitern nachläßt. Dann würde ein großer Teil der deutschen Ernte verkaufen müssen. Auch im Osten Kolonisation zu treiben, einen Teil des Großgrundbesitzes in kleine Bauernstellen umzuwandeln, ist deshalb gleichfalls eine Aufgabe, die von Tag zu Tag dringender wird. Das alte Rom ist am Großgrundbesitz zu Grunde gegangen — auch in Deutschland können die Besitzverhältnisse in den Gegenden des Großgrundbesitzes, wenn keine Änderung eintritt, noch großen Schaden bringen.

Die Entwicklung des Handwerks in Deutschland.

Die Ansicht, daß das Handwerk als solches immer mehr an Bedeutung verliere, und daß dies schon aus seinem zahlenmäßigen Rückgang ersichtlich sei, steht mit den Ergebnissen der letzten Berufs- und Betriebszählung von 1907 nicht im Einklang. Gewiß haben sich die Großbetriebe in weit größerem Umfange entwickelt als die gewerblichen Kleinbetriebe, und in einigen Gewerben hat auch die Industrie entschieden den Kleinbetrieb abgelöst. In anderen Zweigen aber hat das Handwerk seine Unentbehrlichkeit hinreichend dargelegt. Es wuchsen, wie die „Soz. Praxis“ ausführt, die gesamten Handwerksbetriebe im Deutschen Reich von 1 304 290 im Jahre 1905 auf 1 378 813 im Jahre 1907, d. h. um rund 70 000 oder 5,5 Proz. an. Die einzelnen Größenklassen der Betriebe zeigen folgende Entwicklung:

Betriebe mit	1 Person	741 615	704 756	— 5 0
2— 5 Personen	490 489	569 640	16 1	
6— 10 „	42 788	56 895	32 9	
11— 50 „	24 712	38 755	56 8	
51—200 „	4 308	7 714	79 0	
über 200 „	378	1 053	179 0	

Eine Abnahme zeigen also nur die Betriebe mit 1 Person, die der heutigen Entwicklung nicht mehr genügen können. Bei allen anderen Betriebsformen sind beträchtliche Zunahmen festzustellen, auch bei der von 2 bis 5 Personen, die wir als die eigentliche Normalform des Handwerks bezeichnen können. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse bei den einzelnen Handwerkszweigen sehr verschieden. Viele sind durch die moderne Entwicklung mehr oder weniger verdrängt worden, andere haben ihre Stellung behauptet, aber keine Vermehrung aufzuweisen. Bei einer letzten Gruppe findet noch heute eine starke Weiterentwicklung statt. Wenn wir die Handwerksbetriebe von 2—5 Personen nachstehend in diese drei Gruppen einteilen und einen Stillstand dort annehmen, wo der Rückgang oder die Vermehrung 5 Prozent nicht übersteigt, so ergibt sich folgendes:

I. Rückgang: Steinmetzen, Töpfer (Fasner) Goldschmiede, Kupferschmiede, Zinnblech, Uhrmacher, Seifenmacher, Seiler, Gerber, Schächler, Stammacher, Schuhmacher.

II. Stillstand: Grobschmiede, Buchbinder, Bau- und Möbelschreiner, Bürstenmacher, Kürschner, Hutmacher.

III. Zunahme: Spengler, Messerschmiede, Nagler, Wagner, Sattler, Tapezierer, Drechler, Wäcker und Konditoren, Metzger, Schneider, Handschuhmacher, Barbier und Friseur, Maurer und Bauunternehmer, Zimmerer, Glaser, Maler, Stuckateure, Dachdecker, Brunnenmacher, Ofenseger, Kammerlehrer.

Wir sehen, daß der Gewinnliste eine kleinere Verlustliste gegenübersteht, und daß an der Vermehrung hauptsächlich die typischen Gewerbe der Bauhandwerker, Wäcker, Metzger und Barbier beteiligt sind. Die Großbetriebe weisen überall eine weit stärkere prozentuale Vermehrung auf. Diejenigen mit mehr als 200 Personen sind am zahlreichsten im Baugewerbe (580 Betriebe), in der Wagnerie (99) in der Schuhmacherei (60), in der Buchbinderei (32), in der Schneiderei (25), in der Gerberei (22), und bei der Herstellung von Edelmetallwaren (20). Zu den angeführten Handwerksarten waren im Jahre 1895 insgesamt 3 409 510, im Jahre 1907 dagegen 4 580 638 Personen beschäftigt, von denen mindestens die Hälfte auf rein handwerksmäßige Betriebe entfällt. Nach Betriebsgrößenklassen verteilten sie sich auf die angeführten 31 Berufsarten wie folgt: in Kleinbetrieben und Motorenbetrieben mit 1 Person 704 756, in Betrieben mit 2—5 Personen 1 534 061, mit 6—10 Personen 416 777, mit 11—50 Personen 816 747, mit 51—200 Personen 686 324, mit über 200 Personen 421 973, zusammen 4 581 638. Die Behauptungen, daß das Handwerk und seine Betriebe auf dem Aussterbeplatze stehen, sind also größtenteils nicht stichhaltig, wenn auch zugegeben werden muß, daß sich die großindustriellen Betriebe weit stärker vermehrt haben als die des Handwerks.

Wie erwirbt man die Staatsangehörigkeit?

Durch die außergewöhnlich starke Binnenwanderung, die in den letzten Jahrzehnten in Deutschland zu beobachten war, ist die Bevölkerung sehr stark durchwanderungsgewirbelt worden. Namentlich in den Großstädten und in den Industriezentren ist die einheimische Bevölkerung der Zahl nach immer mehr zurückgezogen. Durch diese Bevölkerungsbewegung, die noch immer andauert, sind auch viele Staatsbürger der einzelnen deutschen Bundesstaaten in andere Bundesstaaten verschlagen worden; denn nicht nur aus den östlichen Provinzen zogen große Scharen nach den westlichen Provinzen, sondern auch aus in den industriell zurückgebliebenen Bundesstaaten erfolgte eine große Abwanderung in die Bundesstaaten mit einem regen Handel und mit einer starken Industrie. In Berlin sind wohl alle „Landsmannschaften“ je nach der Bevölkerungszahl in mehr oder weniger großem Umfange vertreten und ebenso ist es in Hamburg, Bremen, Lübeck und in Rheinland-Westfalen. Ja, die Vermischung der verschiedenen deutschen Staatsangehörigen ist so groß geworden, daß man in manchen Großbetrieben einen Kongreß familiärer Angehöriger der deutschen Bundesstaaten veranstalten könnte und ebenso, wenn man die Bevölkerung einer Großstadtstraße zusammenschauen könnte.

Durch die Zuwanderung in einen Bundesstaat wird aber der Angehörige eines anderen deutschen Bundesstaates noch nicht Angehöriger in seinem neuen Heimatstaat, sondern der Zugewanderte muß diese Staatsangehörigkeit erst besonders erwerben. Erst durch Erwerb der Staatsangehörigkeit wird der Zugewanderte aus einem anderen Bundesstaate vollberechtigter Staatsbürger, kann er sich bei der Landtagswahl, bei Stadtverordnetenwahlen beteiligen, kann er auch bestimmte öffentliche Ämter übernehmen. Nur Beamte machen hier eine Ausnahme. Dadurch, daß sie — auch als Angehörige eines anderen Bundesstaates — Beamte in einem Bundesstaate werden, sind sie auch ohne

Untersuchungen von Farbanstrichen auf Holz.

Ein amerikanischer Fachmann Henry A. Gardner hat in letzter Zeit sehr eingehende Untersuchungen über die mannschaftlichen Anstriche bei verschiedenen Holzarten angestellt und hat zu diesem Zweck eine große Anzahl von Proben aus verschiedenen Holzarten mit verschiedenen bekannten Anstrichen überzogen. Die bei diesen Versuchen erhaltenen Ergebnisse sind im nachfolgenden nach dem bekannten Journal des Frankfurter Vereins im Auszuge wiedergegeben. Gardner führte folgendes an:

Wenn zum Anstrich nicht geeignetes Holz gewählt wird, so wird man stets zu einem negativen Resultat gelangen, gleichviel, welchen Farbanstrich man gewählt hat. Von größter Wichtigkeit ist es, daß das Holz, welches einem Schutzanstrich erhalten soll, genügend ausgetrocknet ist, da eine übermäßige Feuchtigkeit, welche im Holz beim Überziehen noch vorhanden ist, in jeder Hinsicht nachteilig wirkt. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß in einem Gebäude, welches schon nach seiner Errichtung im Frühjahr, die Holz die größte Menge Feuchtigkeit enthält, diese Feuchtigkeit von der Holzoberfläche herabziehende Stoffe im Laufe der Zeit nach der Dampfung durchdringen. Das richtige Anstrichen des Anstriches zeigt zuerst die Anwesenheit der Feuchtigkeit an: bald folgt darauf das Abblättern und Abblagen des Überzuges, und die Arbeit war umsonst gewesen. Die ungenügende Trocknung der Holzarten zeigte sich auch in dem nachfolgenden Resultat. Von einer größeren Vermehrung von amerikanischen Farbanstrichen wurden Versuche an Holzarten angeführt, welches

sehr hart war und viel Holzsaft enthielt, angestellt. Die mit geeignetem Anstrich versehenen Holzflächen wurden im Freien der Einwirkung der atmosphärischen Luft ausgesetzt. Bereits nach wenigen Monaten war infolge Einwirkung der Sonnenstrahlen der harzige Saft des Holzes durch den Anstrich hindurchgedrungen und hatte diesen an vielen Stellen vollständig zerstört. Auch die Arbeiten, welche von der „American Society for Testing Materials“ nach dieser Richtung hin angestellt sind und bei welchen über 1000 Untersuchungen mit den verschiedensten Holzarten und verschiedensten Anstrichen angestellt wurden, ergaben bei nicht richtiger Auswahl der Holzart und ungenügendem Austrocknen in vielen Fällen ungenügende Resultate.

Auch die Festigkeit des Holzes wird von der in diesem enthaltenen Feuchtigkeit wesentlich beeinflusst. Es dürfte bekannt sein, daß die Festigkeit dann am größten wird, wenn der größte Teil der Feuchtigkeit aus den Holzfasern oder dem porösen Teil des Holzes entfernt ist und wenn man an dem Punkt angelangt ist, bei welchem die Fasern oder Zellwände gesättigt sind. Im Trocknen kann mehr von dieser Feuchtigkeit ausgetrieben werden; falls diese aber nicht über den Sättigungspunkt hinaus entfernt wird, ist selbstverständlich der Grad der Festigkeit von dem mehr oder geringeren Austrocknen des Holzes abhängig.

Die Wirkung gewisser kristallinischer Substanzen, welche man beim Anstrich von Holz zu den undurchdringlichen weichen Farbstoffen hinzuzusetzen, ist in der Praxis und auch durch Versuche bereits festgestellte worden; und heutzutage gibt der Farbenfabrikant diese kristallinischen Farbstoffe in kleinen Mengen den betreffenden Anstrichfarben bei. So finden zu diesem Zweck beispielsweise Farbstoffe wie fein zerkleinertes

Quarz oder fein verteiltes Bariumsulfat, als Porenfüller Verwendung. Die Wirkung dieser Farbstoffe besteht darin, daß sie in die Poren des Holzes eindringen und infolge ihrer rauen Oberfläche an den Holzfasern fest anhaften, was von größter Wichtigkeit ist. Farbstoffe dagegen, wie Zink- oder Bleiweiß, bestehen aus mehr runden Teilchen mit glatter Oberfläche, welche infolgedessen an den Holzfasern nicht so fest haften wie die kristallinischen Farbstoffe. Der Maler verwendet häufig Materialien, wie gelben oder zum Grundieren von Holzflächen aus dem Grunde, weil der oder eine große Menge kristallinischer Farbstoffe, wie Kieselerde und Silikate, enthält. Man hat jedoch gefunden, daß es vorteilhafter ist, wenn zum Grundieren ein Anstrich gewählt wird, welcher unter Verwendung eines niedrigen Prozentsatzes reiner kristallinischer Farbstoffe hergestellt wird.

Harte Nadelhölzer enthalten in der Regel große Mengen Blei und Holzsaft, welche bewirken, daß die Farbe hart wird und welche ein Eindringen der Farbe ins Holz fast unmöglich machen. Um diesem Uebelstande abzuwehren, setzt der Maler der Farbe oder der flüssigen Anstrichfarbe Terpentinöl oder sonstige flüchtige Substanzen bei, welche das Eindringen der Anstrichfarbe in die Holzfasern erleichtern und dazu beitragen, daß die Farbe sich mit den im Holz vorhandenen Harzen verbindet. Mit den neuen Lösungsmitteln, wie Benzol, Äthyl und Toluol, als Ersatz für Terpentinöl sind Versuche angestellt worden, welche sehr günstige Resultate ergeben haben. Diese eben erwähnten Lösungsmittel besitzen ein großes Eindringungsvermögen, so daß sie wohl in Zukunft eine größere Verwendung finden dürften, zumal der Preis derselben im Vergleich zu Terpentinöl nicht zu hoch ist. P.

weiteres Staatsangehörige in dem Bundesstaate, dem sie zugezogen sind.

Auf welche Weise wird nun die Staatsangehörigkeit erworben? Zunächst besteht ein großer Unterschied darin, ob jemand Angehöriger eines anderen deutschen Bundesstaates, also Reichsangehöriger oder Ausländer ist. Ein Ausländer muß sich, um Angehöriger eines deutschen Bundesstaates zu werden naturalisieren lassen. Ein Gesuch um Naturalisation kann ohne weiteres abgewiesen werden, dagegen kann der Aufnahmeantrag eines Reichsangehörigen nur unter gewissen gesetzlich festgelegten Voraussetzungen abgelehnt werden, z. B. wenn jemand während der letzten zwölf Monate wiederholt wegen Betrugs oder wegen Landstreicherei bestraft worden ist oder wenn jemand unter Polizeiaufsicht steht. Als Erfordernis zur Stellung eines Antrages auf Aufnahme in den Staatsverband sind zunächst notwendig: die Bescheinigung über die Wohnungsniederlassung (polizeiliche Anmeldung), ein Staatsangehörigkeitsausweis, die Geburtsurkunde und die Militärpapiere. Die Geburtsurkunde muß eingefordert werden für solche Personen, die nach dem 5. Februar 1875 geboren sind, bei den heimatischen Staatsämtern, für Personen, die vormals geboren wurden, bei den zuständigen Pfarrämtern. Der Staatsangehörigkeitsausweis wird von den höheren Verwaltungsbehörden in der früheren Heimat ausgestellt. Ebenso ist es zweckmäßig, auch das Aufnahmegesuch logisch an die höhere Verwaltungsbehörde, die in Betracht kommt, zu richten, in Preußen z. B. an den Regierungspräsidenten und speziell in Berlin an den Polizeipräsidenten. Zwar müssen auch niedere Verwaltungsbehörden wie der Landrat und Magistrat derartige Gesuche entgegennehmen, diese Behörden schicken aber diese Gesuche auch wiederum an die obere Verwaltungsbehörde, so daß dadurch nur eine Verzögerung eintritt. Will jemand seine Frau mit in den Staatsverband aufnehmen lassen, so muß er dies besonders bemerken und die Urkunde über die Eheschließung beifügen, dagegen ist für die Ehefrau ein Ausweis über die Staatsangehörigkeit nicht notwendig. Wird einem Nachsuchenden die Aufnahme in den Staatsverband verweigert, so steht ihm das Recht der Beschwerde und auch das Streitverfahren bei den Oberverwaltungsgerichten zu.

■ Rundschau. ■

Gegen die Fleischnöcherung nahm der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine in seiner Sitzung am 18. September folgende Resolution an:

Schon seit Jahren leidet die Bevölkerung des Deutschen Reiches unter einer Teuerung der Lebensmittel, die eine hohe und berechtigende Ungerechtigkeit an sich hat. In diesem Jahre haben die Teuerungsverhältnisse, namentlich soweit die Preise für Fleisch in Betracht kommen, einen Grad erreicht, daß die Behörden unmöglich diesen Zustand länger unartig ansehen dürfen. Die arbeitende Bevölkerung ist nicht mehr imstande sich ausreichend zu ernähren. Die Volksgesundheit muß also harten Schaden erleiden. Aber auch die deutsche Volkswirtschaft wird schwer durch die Teuerung benachteiligt, da sie nur dann ihre Leistungsfähigkeit auf dem Weltmarkt im Wettbewerb mit den anderen Nationen behaupten kann, wenn die Industrie über eine leistungsfähige, d. h. vor allen Dingen guternährte Arbeiterschaft verfügt.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.) ist der Anschauung, daß die Teuerung zurückzuführen ist auf unsere Wirtschaftspolitik. Er verlangt deshalb von der Reichsregierung schleunigst Maßnahmen, die dem unerträglichen Notstande abzuhelfen geeignet sind. Dazu rechnet er insbesondere:

1. Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh unter Beobachtung der für die Gesundheit der Bevölkerung unbedingt erforderlichen sanitären Schutzvorschriften.
2. Erleichterung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch.
3. Aufhebung der Futtermittelzölle.
4. Ermäßigung der Tarife für Vieh- und Futtermittel.
5. Allmählichen Abbau der Zölle auf Getreide.

Ferner erwartet der Zentralrat von den deutschen Gemeindeverwaltungen, daß sie in erhöhtem Maße durch den Bezug und Verkauf von Seefisch und Fleisch der Bevölkerung Nahrungsmittel zu billigeren Preisen zu beschaffen sich bemühen, und daß die einzelnen Ortsverbände mit darauf abzielenden Eingaben an die Kommunen herantreten.

Die Mitglieder der Gewerksvereine werden aufgefordert, in ihren politischen Organisationen dahin zu wirken, daß von ihnen ebenfalls energische Schritte in der Richtung der oben aufgestellten Forderungen getan werden.

Diese Resolution fand einstimmige Annahme und soll deren erster Teil dem Bundesrat und Reichskanzler zugefandt werden.

Die Norddeutsche Holzrutzgenossenschaft hielt am 4. September in Königsberg ihre ordentliche Genossenschaftsversammlung ab. Nach dem vorgelegten Verwaltungsbericht ist im Jahre 1911 wieder eine sehr wesentliche Zunahme des Versicherungsbestandes der Genossenschaft zu verzeichnen, die damit 28 383 Fabrikbetriebe (mit Kraft oder mit mehr als neun Arbeitern) und 20 732 Bauwirtschaftliche

mit zusammen 264 375 bzw. 28 718, insgesamt 293 093 versicherte Personen umfaßt. Die in beiden Betriebsarten ermittelten anrechnungsfähigen Löhne betragen insgesamt 314 214 242 Mark. Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs um 1387 Betriebe, 12 622 versicherte Personen und 19 689 578 Mark anrechnungsfähige Löhne. Der Zuwachs erstreckt sich lediglich auf die Fabrikbetriebe, während bei den sogenannten Bauwirtschaftlichen (Handwerkbetrieben mit weniger als zehn Arbeitern) ein Rückgang eingetreten ist. Dieser ist darauf zurückzuführen, daß viele Unternehmer zur maschinellen Holzbearbeitung übergingen und demzufolge den Fabrikbetrieben zugeschrieben werden mußten. Die Zahl der neu eingetragenen Betriebe betrug im letzten Jahre 4265, die Zahl der gelöschten Betriebe 3017 und die Zahl der Betriebsänderungen 6320. Die Verwaltungskosten der Genossenschaft betragen 416 033,09 Mark und blieben um rund 24 000 M. hinter dem Voranschlag zurück. Die Zahl der Unfälle, für die im letzten Jahre erstmalig Entschädigungen festgestellt wurden, betrug 2939. Den Tod der Verletzten hatten 116 Unfälle zur Folge. Die Summe der im Jahre 1911 von der Genossenschaft gezahlten Unfallentschädigungen belief sich auf 3 852 886,41 Mark. Für das Jahr 1911 sind für die Genossenschaft und die Sektionen zusammen 5 123 136,64 Mark umzuliegen. Der Reservefonds beträgt bereits über 11 Millionen Mark. In der Heilanstalt Wilhelmshagen (Mark), die der Genossenschaft gehört, waren im letzten Jahre 913 Patienten an 49 947 Pflegetagen untergebracht. — Angenommen wurde eine neue Satzung für die Genossenschaft nebst Wahlordnung und als Wahlmodus die Verhältniswahl eingeführt.

Industrielle gegen ein Verbot des Streikpostens. In einer Verammlung der Ortsgruppe des Handabundes in Solingen wurde über den „Schutz des Rechts auf Berufsausübung gegen unerlaubten Zwang“ verhandelt. Referent war der Handelskammerhelfer Dr. Hoffmann. Nach der „Ökonomischen Zeitung“ war die Verammlung einig, daß ein stärkerer Schutz der persönlichen Freiheit gegen Nötigung und Verhaft, von welcher Seite sie auch kommen mögen, dringend wünschenswert sei, und daß demgemäß die §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches in geeigneter Weise zu ergänzen wären. In der Frage des Verbots des Streikpostens wurde die Erwägung als ausschlaggebend angesehen, daß ein solches Verbot geeignet sei, die bestehenden Gesetze erheblich zu verschärfen. Es läme vielmehr darauf an — und dieser Grundgedanke ist auch in Solingen verfolgt worden —, auf einen Ausgleich in diesen Fragen hinzuwirken, wobei natürlich vor allem die Produktion gesichert werden müsse. Von anwesenden Führern des Verbandes der Solinger Fabrikanten-Vereine wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei verständiger Taktik und ruhigem Vorgehen eine gewisse Streikmüdigkeit auf Seiten der Arbeitnehmer eintrete. Es empfehle sich, ein Vergleichstatut aufzustellen, so wie es bereits dort in Lohntariffverträgen bestünde. Alle derartigen Bestrebungen würden natürlich durch Ausschließung der Arbeiter nicht gefördert. Von den Vertretern des Handwerks wurde dagegen geltend gemacht, daß ein Verbot des Streikpostens auch die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz unmöglich mache. Vor allem bestand aber darüber Einigkeit, daß bei Streiks in erster Linie die bewachenden Organe, also die Polizei, sich ihrer Machtbefugnisse und deren Grenzen voll und ganz bewußt sein müßten. Häufig gingen die Anordnungen der Polizei zu weit, so daß die Verbitterung vermehrt würde; aber öfter hielten auch Unkenntnis der bestehenden Bestimmungen die Beamten vom energischen Einschreiten ab.

Eine Gewerksvereinsbank in England. Die englischen Gewerksvereine haben in den letzten Monaten mehrfach Anlauf zur Unzufriedenheit mit ihren Banken gehabt. Es wurde die Erteilung von Vorläufen auf Wertpapiere, die zur Auszahlung von Streikgeldern dienen sollten, besonders während des Grubenarbeiterstreiks, überall verweigert. Die Gewerksvereine waren infolgedessen gezwungen, sich an die Großeinkaufsgenossenschaft zu wenden, die eine Bankabteilung besitzt. Es ist nun der Vorschlag aufgetaucht, die Genossenschaft zur Bank aller Gewerksvereine zu machen. Der Durchführung dieses Planes haben sich jedoch große Hindernisse entgegengestellt. Man denkt deshalb daran, daß alle Trade-Unions eine Bankgenossenschaft gründen sollten, die die Verwaltung der Vermögen der Gewerksvereine zu besorgen hätte, sich auch als Privatbank betätigt, aber vor allem an Gewerksvereine zu niedrigen Zinsen Darlehen bei Streiks zu erteilen hat. Drei solcher Pläne werden gegenwärtig beraten. Die Kapitalien der großen Trade-Unions übersteigen zusammen die Summe von 100 Millionen Mark.

Ein Kinderamt in den Vereinigten Staaten eingerichtet. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Einrichtung eines Kinderamtes in Aussicht genommen sei. Dieses Kinderamt ist jetzt eingerichtet worden und hat bereits mit seiner Tätigkeit begonnen. Als Leiter des Amtes hat Präsident Taft Fräulein Julia Lathrop aus Chicago ernannt, die sich schon bisher viel mit Fragen der Kinderarbeit, der Kinderfürsorge usw. beschäftigt hat. Ihr wurden eine ganze Anzahl von Beamten und Beamtinnen unterstellt. Nach den ge-

troffenen Bestimmungen soll sich das Kinderamt, das dem Ministerium für Handel und Arbeit als besonderes Departement angegliedert ist, befassen mit der Untersuchung und Berichterstattung über Angelegenheiten, die die Wohlfahrt der Kinder betreffen, mit der Säuglingssterblichkeit, mit den Schwankungen der Geburtenziffer, mit den Degenerationserscheinungen in manchen Volkskreisen, mit den zu Waifen gewordenen Kindern, mit der gerichtlichen Behandlung der Jugendlichen vor den Jugendgerichten, mit der Kinderarbeit und ganz besonders mit der Beschäftigung von Jugendlichen und Kindern bei gefährlichen Arbeiten, mit der Gesetzgebung, soweit sie auf die Kinderwelt einwirken kann. Es wird von Interesse sein zu beobachten, wie sich der Wirkungsbereich dieses ersten staatlichen Kinderamtes gestalten wird.

Berliner Tischlerschule: Hauptabteilung Straßmannstr. 6, Tages- und Abendunterricht. Gegenstände des Unterrichts und der Übungen sind: Unterricht in der Kunsttischlerei, im Beizen und Polieren, an den Holzbearbeitungsmaschinen, Materialkunde, Chemie, Buchführung und Kalkulation, Fachrechnen, Fachzeichnen für Tischler, Bildhauer und Drechsler, Ornament- und Projektionszeichnen, Holzverbindungs- und Formenlehre, Stillehre, Modellieren und Holzbildhauen, Intarsien schneiden, Werkzeuglehre und Materialkunde für Drechsler, Aquarellieren und Pflanzenzeichnen, Entwerfen und Detaillieren von Bau- und Möbeltischlerarbeiten, Raumkunst und Innendekoration.

Abteilungen, welche Kurse im Fachzeichnen und andere nach Bedürfnis haben: I. S. Wasserlorenzstr. 31; II. N. O. Prenglaer Allee 227/228; III. N. W. Turmstr. 86; IV. O. Straßmannstr. 6; V. S. O. Reichenberger Str. 44/45; VI. S. W. Hagelberger Str. 34; VII. N. Ravenstr. 12.

Anmeldungen nehmen die Leiter der betreffenden Abteilungen entgegen. Der Unterricht für das Winterhalbjahr 1912/13 beginnt am 7. Oktober 1912.

Der Direktor: A. D. G. u. f. a. b. e. l.

Freie Hochschule Berlin. Das neue Programm der Freien Hochschule ist schon erschienen. Mit seinen 127 Vortragsreihen, die zum Teil in den Abendstunden von 7 bis 10 Uhr stattfinden, wendet es sich wieder an alle Kreise der Bürgerschaft Groß-Berlins, die, wie die Hörerzahl von über 18 000 im letzten Jahre beweist, ein dauernd reges, erfreuliches Interesse am Geistesleben unserer Zeit bekunden. Das neue Programm bringt eine Fülle ausgewählter Vortragsreihen. Dem jetzt so weit verbreiteten lebhaften Interesse für die allgemeinen Fragen der Weltanschauung und Philosophie kommen Vorträge und Übungen verschiedenster Richtung entgegen. Zahlreiche Lichtbildervorträge führen in die bildende Kunst alter und neuer Zeit ein; die großen Meister der Musik, Beethoven und Wagner, werden eingehend behandelt; die deutsche Literatur wie auch die literarischen Strömungen des Auslandes finden eine mehrfache Darstellung; mannigfache Sprachkurse vermitteln in eigenartiger Methode die Kenntnis der fremden Sprachen. Kurse über Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre suchen die so notwendigen Kenntnisse auf diesen wichtigen Gebieten zu geben; naturwissenschaftliche, medizinische, mathematische, technische Kurse erfüllen ein allgemeines wie auch besonders praktisches Interesse. Neu aufgenommen sind die Handelswissenschaften, soweit sie für jedermann von Bedeutung sind. Eine besondere Pflege finden Geographie, Heimatkunde, Vorgeschiede in Kursen, die zum Teil mit Sonntagsvorlesungen verbunden sind. Auch Gebiete, wie Vortragskunst, Zeichnen, Stenographie, Schach, sind vertreten. — Ausführliche Programme sind, wie bisher, kostenlos in allen öffentlichen Bibliotheken und Buchläden, in sämtlichen Filialen von Loeser & Wolff sowie den bekanntesten Verkaufsstellen der Hörerarten zu haben.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch Berlin-Nichtenberg, Schefelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

Erteilte Patente:

Nr. 82 a. 251 316. Vorrichtung zum Trocknen von Furnieren. Fa. W. Ritter, Altona a. E. Ang. 26. 10. 11.

Gebrauchsmuster:

Nr. 38 e. 520 805. Schraubzwinge mit austauschbarem Stahlstift. G. Bluhardi, Nürnberg a. N. Ang. 19. 8. 12.

Nr. 38 e. 520 595. Schnittpolierreifen mit horizontaler und vertikaler Befestigung des Supprades. Gg. Golke, Wien. Ang. 12. 8. 12.

Angemeldetes Schweizer Patent:

Nr. 151. Nr. 56 104. Tischplatte. Franz Ausdermayer, Arth, Schweiz. Ang. 28. 9. 11.

Lohnbewegung.

Zuzug ist ferngehalten nach Köln (Modellfabrik Dittert), Braunsberg (Dypr.), Stolp (Firma Bloch) für Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter.

Aus den Ortsvereinen.

Numendorf. Die am Sonnabend, den 14. September einberufene außerordentliche Versammlung der Gewerkschaften (H.-D.) fand unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen und Gäste im Vereinslokal statt. Der Kollege **Van Nier** eröffnete um 9 Uhr die Versammlung und begrüßte die erschienenen. Besonders hieß er die Bezirksleiter Kollegen **Sauer-Weißig** und Kollegen **Volkmann-Berlin** herzlich willkommen. Zur Tagesordnung waren folgende Punkte angesetzt: 1. Vortrag des Kollegen **Sauer**: „Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“. 2. Vortrag des Kollegen **Volkmann**: „Die bevorstehenden Wahlen im Holzgewerbe“. 3. Diskussion. Daraufhin ergriff Kollege **Sauer** das Wort zu seinem Referat. In treffenden Worten schilderte er die heutigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die in keinem Vergleich mit den jetzigen Verhältnissen ständen. Der Grund hierin liege nur in der geringen Aufklärung der öffentlichen Meinung und zu geringen Interesse der deutschen Arbeiter. Drum sei es Pflicht eines jeden, sich zu organisieren und darauf zu dringen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarife geregelt werden. Reicher Beifall belohnte seinen kühnen Vortrag. Hierauf ergriff Kollege **Volkmann** das Wort. Sein erster Hinweis galt den Tarifbewegungen im Holzgewerbe im Jahre 1913 und dem Zusammenschluß der Arbeiter. Weiter erläuterte er die paritätischen Arbeitsnachweise mit Obligatorium und die Gefahr des letzteren für die Arbeiter. Auch einen Terrorismusfall der sogenannten freien Gewerkschaften an einem unserer Kollegen in Halle brachte er zu Gehör. Nach 1 stündiger Aussprache schloß er seine, mit allgemeinem Beifall aufgenommene, kühne Rede. In der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich zahlreiche Kollegen, unter anderen besonders Kollege **Koch-Weissenfels** und Kollege **Kiesey-Halle**. Zum Schluß nahm Kollege **Volkmann** das Wort und schloß mit einem Appell zur fleißigen Vorbereitung neuer Mitglieder. Schluß der Versammlung 12 Uhr. **H. Nilius**, Schriftführer.

Bremen. Am 14. September veranstaltete unser Ortsverein ein Gebirgsfest, um die Mitglieder und die ihnen Nahestehenden auch einmal zu einem gemütlichen Teil zu versammeln. Doch der Ernst des Lebens zeigte sich selbst hierbei: galt es doch gleichzeitig Abschied zu nehmen von unseren Rekruten. Nachdem der Vorsitzende, Kollege **Glinka**, die Anwesenden begrüßt hatte, feierte er in begeisterten Worten die Gewerkschaftsidee und gedachte all der Kämpfe, die

das Ortsvereinschiff in Bremen inmitten der sozialdemokratischen Wogen durchzuarbeiten und zu überwinden hatte. Aber weder Haß noch Neid unserer Gegner konnte uns abhalten, dem gesteckten Ziele zuzusteuern. Mit einem donnernden Hoch auf das weitere Gedeihen des Ortsvereins schloß er seine Rede. Nachdem noch ein hinreißender Prolog gesprochen und ein Lustspiel vom Stapel gelassen war, trat der Tanz in seine Rechte und hielt die Kollegen mit ihren Damen in fröhlicher Stimmung bis zum frühen Morgen zusammen. Auch der scheidenden Rekruten wurde gedacht, indem jedem zum Andenken eine Rekrutenpfeife überreicht wurde. — Nun heißt es aber wieder arbeiten am weiteren Ausbau unseres Ortsvereins. Wer hilft mit? Bege jeder Hand aus Wert und bekunde dies durch vollzähligen Besuch unserer am 4. Oktober stattfindenden Versammlung, in welcher ein interessanter Vortrag gehalten wird.

Breslau. Dem Bildungsausschuß des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften Breslau ist es wiederum gelungen, in dieser Theater Saison 9 Volksvorstellungen, zu ermäßigten Preisen, von der Direktion zu erhalten und zwar finden dieselben statt: Am 13. Oktober, 10. November, 1. Dezember 1912, sowie am 5. Januar, 9. Februar, 9. März, 13. April und 4. Mai 1913. Es ist nun Pflicht jeden Mitgliedes, für Verbreitung dieser guten, die Bildung hebenden Aufführungen nicht nur im Kreise seiner Familie, sondern auch bei Verwandten, Bekannten, Freunden und Gönnern der Gewerkschaften zu sorgen, so daß wir stets ein ausverkauftes Haus haben, denn nur dann kann noch Weiteres geboten werden. Die Billets zu diesen Vorstellungen, welche 10 bis 70 Pfg., resp. bei Musik bis zu 1.— M. betragen, sind mindestens eine Woche vor den Vorstellungen im Bureau der Maschinenbauer, Königsstr. 5, II, Telefon 7117, zu haben. Jeder Kollege mache es sich daher zur Pflicht, daß diese Vorstellungen sich stets eines guten Besuches erfreuen. Im Uebrigen verweisen wir noch auf die hiesigen Tageszeitungen.

Berichtigung. In der Nr. 38 hat sich in dem Artikel „Streikbruchtaktik“ in einem Zitat ein hinsichtlich der Druckfehler eingeschlichen, den die Leser jedenfalls schon selbst richtig gestellt haben werden. Es muß heißen:

„Die Schmach des Arbeiterverrats haftet auf dem, der, dem gefassten Streikbeschlusse (nicht Streikbruch) zuwider, im befreiten Betriebe weiter arbeitet, nicht minder als auf dem, der nachträglich die Arbeit aufnimmt.“

An alle Berichterstatter für die „Eiche“ richten wir die dringende Bitte, ihre Einsendungen nicht erst kurz vor Redaktionsschluss einzuschicken, da der Raum der „Eiche“ dann gewöhnlich schon vergeben ist und die Sache für die nächste Nummer zurückgestellt werden muß. Die Bemerkung: „muß unter allen Umständen unverzüglich in nächster Nummer erscheinen“, kann auch nichts helfen. Dann haben mehrere Kollegen die able Angewohnheit, so eng zu schreiben, daß die Schrift vollständig ineinander schwimmt. Das ist übertriebene Sparsamkeit, wodurch man nur erreicht, daß der Redakteur das ganze Eingeklappte noch einmal abgeschrieben muß. Also nicht so sparsam mit dem Papier. Wir weisen ferner wiederholt darauf hin, daß das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden darf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 39. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 28. September 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Bahlabend. Bezirk Nord und Bau-tischler. Abds. 8 Uhr, b. Mattauch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung mit Vortrag des Kollegen **Blascher** über: „Warum sind wir Gewerkschafter?“ In der Allgemeinen Mitgliederversammlung werden keine Beiträge entgegengenommen. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marschall, Goethestr. 59, Bezirksversammlung mit Vortrag des Verbandskollegen **Saupkassierer Sattig** über: „Großstadtbauern und deren Bewertung.“

Sonntag, den 29. September 1912, vormittags 9 1/2 Uhr: Allgemeine Mitgliederversammlung im Verbands-haus, Greifswalder Straße 221/23, mit Vortrag des **Koll-Schumacher** über: „Der VII. deutsche Arbeitsnachweis-kongress in Hamburg.“

Sonnabend, den 5. Oktober 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Flavier-arbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalberstr. 21, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiefenschloßchen, Schloßstr. 66, Bahlabend. Möbell- und Fabrik-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Bahlabend.

Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die gelben Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollzählige Einsendung derselben wird besonders ersucht.

Anzeigen.

Für den Inhalt dieser Anzeigen ist die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 28. Septbr. 1912, 8. Kramer, Hermannstr. 199, **Versammlung.** Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Ausschuß.

Möbel

SPEZIALITÄT:
Komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie Küchen in billiger, guter Ausführung.

M. Nicklai
Berlin, Thaerstr. 47
1 Treppe (kein Laden)
nahe Balltenplatz
Jahresbeitrags-Mitglied des Gewerks. d. Holzarbeiter H.-D.

Jugendfeier

Am Sonntag, den 1. Oktober 1912, abends 7 Uhr, im Saal des Vereinslokalen, wird eine Jugendfeier abgehalten. Die Teilnahme ist für alle Mitglieder und Gäste kostenlos. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 10 Pf. zu haben. Der Erlös wird für die Jugendvereine verwendet. Die Karten sind bei den Ortsvereinen zu bekommen.

Zimmerleute - Achtung!

Wiederholt sei auf das alleinige empfohlene Werk von G. Blohm „Das Zimmerhandwerk“ aufmerksam gemacht. Dieses wirklich praktische Lehr-, Nachschlag- und Mal-lationsbuch enthält auf über 600 Seiten 1183 Text- figuren, ferner 7 farbige Tafeln und 2 zerlegbare Mo- delle. Jeder Fortwärtstrebende muß es besitzen. Es erleichtert das Fortkommen und hilft verdienen. Preis M. 22.—. Jeder der „Eiche“ können es auch gegen monatliche Teilzahlungen von M. 3.— beziehen von G. S. Friedr. Meisner, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10.

Taschenbuch für die Deutschen Gewerkschaften 1913

Im Buchverlag der „Eiche“ erscheint im Oktober 1912 das
Taschenbuch für die Deutschen Gewerkschaften 1913
Herausgegeben unter Redaktion des Verbandsvorsitzenden **Karl Goldschmidt** vom Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Drancker)
Inhalt: Kalendarium, Ansätze hervorragender Mitarbeiter, Notizblätter, im Ganzen 112 Seiten im Umschlag.
Gutes Papier, vornehmer Druck, beste Ausstattung.
Der Selbstverlag für die Herstellung dieses Taschenbuches beträgt 10 Pf. pro Stück. Für den gleichen Preis wird das Taschen- buch auch an unsere Ortsvereine abgegeben; alle Lokosten an Porto müßen die Besteller zahlen. Das Geld ist portofrei an unsere Verbandskassierer **Endolf Klein**, Berlin 1055, Greifswalder Straße 221/23, zu senden. Außer dem Betrag von 10 Pf. pro Stück für die ganze Stückzahl, also für 10 Stück 3 Mark, für 50 Stück 5 Mark, für 100 Stück 10 Mark, ist ein Porto von 1 Pf. Abzugsbetrag in zu bezahlen und das Porto für die Besorgung der Taschenbücher hinzuzufügen. Dieses Porto beträgt 25 Pf. pro Paket von 10—20 Stück in der D. Z. an 10 Marken (10 Pf. pro Stück) für die übrigen Klassen 50 Pf.
Um diese Neuausgabe mit 10 Lokalen vorzukufen die Ortsvereine des Jahres 1913 zu 15 Pf.
Bestellungen mit Einzahlung des Betrages sind schon jetzt zu uns zu richten, damit die Auflage rechtzeitig fertiggestellt werden kann.
Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.)
c/o Verbandskassierer Berlin 1055, Greifswalder Str. 221/23.

Ein modernes Kaufhaus. Die Firma **Jonas & Co., G. m. b. H.**, Versandgeschäft in Berlin, Belle-Alliancestr. 3, hat joeben ihren illustrierten Prachtkatalog 1912 von 652 Seiten stark in 4. Auflage erscheinen lassen. Man überzeugt sich beim Durchblättern des schön ausgestatteten Buches bald, daß man es mit einem der modernen Großbetriebe zu tun hat, die vermöge ihres ungeheuren Absatzes mit dem kleinsten Nutzen verkaufen können, deren Handelsbeziehungen über die ganze Welt laufen und die schon durch ihre sachliche Festigkeit ihrer Geschäfts-führung das Vertrauen des kaufenden Publikums verdienen. Alle möglichen Gebrauchs- und Luxusgegenstände finden sich hier in reichlicher Auswahl vereinigt: Uhren aller Art, Ringe und Krawattenmadeln, Silber-, Meerscham- und Nickelwaren, allerhand Musikinstrumente, von den Flöten und Trompeten bis zu den Grammophonen und Harmonikas, Theatergläser, Mikroskope, Projektionsapparate, Regenschirme ujm. Kurz alles, was einem als technischer Gebrauchsgegenstand im Leben vor- kommen kann. Die Firma gewährt ihren Kunden in entgegen- kommendenster Weise Zahlungserleichterungen oder 10% Rabatt bei Barzahlung.

Dem die ganze Organisation des Geschäftes nimmt besondere Rücksicht auf die Kunden, die mit ihren Ausgaben zu rechnen haben und sich bei Gegenständen, die halb Luxus-, halb Bedarfs- artikel sind, jede Anschaffung dreimal überlegen müssen. Da- her beweisen denn auch fortwährend zahlreiche Anerkennungs- schreiben aus dem Publikum, wie gut das Versandgeschäft die Bedürfnisse der Minderbegüterten zu erkennen und zu befriedigen weiß. Wer also Geschenke zu besorgen hat, lasse sich die illu- strierte Preisliste der Firma kommen, die Sie gern und ohne Kaufzwang, umsonst und portofrei, erhalten.

Tüchtiger Modelltischler

für genaue Arbeiten in dauernde Stellung sofort gesucht. Bewerber im Alter von 21 bis 30 Jahren werden bevorzugt. Erferten mit Zeugnisabschriften erbittet

Carl Zeiss, Jena.

Das Bureau des Danziger Bezirks

befindet sich vom 1. Oktober 1912 ab **Danzig, Wallgasse Nr. 21, III.** Arbeitslose Mitglieder und offene Stellen sind sofort nach dort zu melden.

W. Troczkowski, Bezirksleiter.

Großenhain. Der Arbeits- nachweis und die Anstufstelle in allen Rechts- fragen, Gesuchen u. dgl. befindet sich b. Ortsverbandsvorsitzenden **Koll. Hermann Junker, Fabrikgasse 1.**

2 tüchtige Bautischler sofort nach **Wismar** gesucht. Näheres bei **Karl Schröder, Schulstr. 5.**